

BERICHT ZUHANDEN DES GENERALSTABSCHEFS:

MÖGLICHKEITEN DER STÄRKUNG

DER SICHERHEITSPOLITISCHEN

FORSCHUNGSBASIS

IN DER SCHWEIZ:

ANALYSE UND OPTIONEN

GENF/ZUERICH, 20.12.1990

VERFASSER: PROF. DR. CURT GASTEYGER

PROF. DR. KURT R. SPILLMANN

Dodis



Prof. Dr. Curt Gasteyger / Prof. Dr. Kurt R. Spillmann

Sicherheitspolitische Forschung

1. Neue Dimensionen der Sicherheit

1.1. Weltweit:

Jede Ueberlegung über Zukunft und Ausbau sicherheitspolitischer Forschung wird von einer Beurteilung jener Entwicklungen und Herausforderungen auszugehen haben, die in den nächsten Jahren weltweit und sodann im engeren regionalen Rahmen für ein Land wie die Schweiz relevant sein oder werden können. Es kann sich im folgenden allerdings nicht darum handeln, ein möglichst vollständiges Inventar dieser denkbaren oder möglichen Entwicklungen aufzustellen. Einige Angaben und Tendenzen sind hier aber aufzuzeigen, denn sie umreissen in etwa den Rahmen und die Zielrichtung, in der sich die sicherheitspolitische Forschung (und mit ihr natürlich auch die Ausbildung hierfür kompetenter Forscher, Dokumentation und Lehre) zu verstehen und letztlich auch zu bewähren hat.

Im Augenblick, wo diese Zeilen geschrieben werden, kann man nicht umhin, auf die vorderhand noch ungelöste Krise im Golf hinzuweisen. Dies weniger, weil sie andere, vielfach überaus positive Ereignisse - wie die Beendigung des "Kalten Krieges" in Europa bzw. zwischen Ost und West - überschattet. Solches dürfte kaum allzu lange dauern. Vielmehr steht die Golfkrise für vieles, was aller Voraussicht nach die Welt der neunziger Jahre - und wohl darüber hinaus - an sicherheitspolitischen Gefährdungen mit sich bringen wird. Es mag sein, dass die Golfkrise wie überhaupt der Mittlere Osten eine in ihrer Art einzigartige Konzentration solcher Gefährdungen enthält. Trotzdem kann sie als eine Art Kondensat und Kristallisationspunkt angesehen werden, die überschärft den sicherheitspolitischen Horizont der Zukunft ausleuchtet. In ihr zeigt sich nämlich die künftig immer enger werdende Verknüpfung und Wechselwirkung von Politik, Wirtschaft, Finanz, Geographie und Strategie.

Der Mittlere Osten, zumal die Golfregion, ist einmal von wirtschaftlich eminent strategischer Bedeutung für weite Teile der Welt - und wird es auf lange Zeit hinaus bleiben. Er bildet gleichzeitig den strategischen Schnittpunkt von Europa, Asien und Afrika mit der arabischen Welt als Zentrum.

Hier zeigen sich die weiten Diskrepanzen zwischen Arm und Reich, zwischen bevölkerungsarmen und bevölkerungsreichen Ländern. Daraus und als Folge ungebremsten demographischen Wachstums sowie ungelöster Konflikte entstehen Migrationsbewegungen, sei es in Form von hereinströmenden ausländischen Arbeitskräften, sei es in Form von herausströmenden Flüchtlingen oder Arbeitssuchenden. Hier finden sich neue religiöse und nationalistische Strömungen, Nährboden für terroristische Aktionen und die durch reichliche Mittel und Konflikte genährte Beschaffung konventioneller und Massenvernichtungswaffen. Und schliesslich finden sich hier oder in der Nähe (Mittelmeer) wachsende Probleme im Bereiche der Umwelt, der Wasserversorgung und wohl auch klimatischer Veränderungen.

All dies ergibt eine "sicherheitspolitische Tagesordnung" mit der sich in verschiedener Intensität und zeitlicher Dringlichkeit die Welt von morgen zu beschäftigen haben wird. Allein schon die Dichte der Probleme und ihre geographische Nähe macht sie für Europa zu einer ersten Priorität.

1.2. Das europäische Umfeld:

In Europa und seinem weiteren Rahmen, den Ost-West-Beziehungen, lassen sich grosso modo fünf zentrale Entwicklungen herausheben, die Inhalt, Strukturen und Zukunft der europäischen Sicherheit und Stabilität bestimmen werden.

Es sind:

- die Veränderungen in den beiden Weltmächten USA und Sowjetunion, in ihren gegenseitigen Beziehungen, in ihrer Haltung gegenüber Europa, bzw. in ihrer Präsenz auf diesem Kontinent;
- Die Umwälzung in Mittel-Osteuropa, die sowohl das innenpolitische Bild dieser Staaten wie ihren aussenpolitischen Status grundlegend

verändern und neue Optionen des Handelns aber auch neue Risiken des Misslingens schaffen;

- Die Vereinigung Deutschlands, die aus Deutschland nicht nur abermals den geopolitisch und wirtschaftlich zentralen Faktor europäischer Politik macht, sondern Stellung und Einfluss der angrenzenden Länder in Ost und West verändert. Dazu gehört nicht zuletzt die Umwälzung überkommener militärpolitischer Strukturen und Doktrinen.
- Die Schaffung eines einheitlichen Binnenmarktes der Europäischen Gemeinschaft mit Ansätzen der Bildung gemeinsamer sicherheitspolitischer Interessen oder sogar Institutionen.
- Die Abrüstung, einseitig oder multilateral vereinbart, die die strategische Landschaft Europas weitgehend verändern dürfte und ein neues Legitimationsbedürfnis für traditionelle Sicherheitspolitik ebenso wie neues Gewicht für die nichtmilitärischen Bedrohungen schafft.

All diese Veränderungen werden Fragen und Ueberlegungen zur Zukunft der Bündnisse, der europäischen Institutionen, der KSZE und ihrer Institutionalisierung, der künftigen Rolle und Stationierung nuklearer Waffen, der möglichen Einbindung Mittel-Osteuropas bzw. Marginalisierung einer zusehends unvorhersehbaren Sowjetunion aufwerfen. Hinzu kommt der Mittelmeerraum mit dem anliegenden Nahen/Mittleren Osten, der aus den bereits erwähnten Gründen in seltener Dichte ganz neue Probleme für Europa und seine Sicherheit/Stabilität aufwerfen wird.

1.3. Schweiz:

Von all diesen Veränderungen, Herausforderungen und politisch-strategischen "Verwerfungen" wird die Schweiz direkt oder indirekt berührt werden. Sie steht damit vor teilweise ganz neuen Aufgaben, wo es um das Erkennen und Analysieren dieser Entwicklungen und ihre Erfassung und Uebertragung auf die praktische Politik geht. Darauf ist die Schweiz - wie wohl alle Länder - nicht oder nur unzureichend vorbereitet. Der Bedarf an einer Erarbeitung dieser Themen wird in dem Masse grösser, in dem sie komplexer und vielfältiger werden.

2. Themen

Die nun folgende Aufzählung von sicherheitspolitisch relevanten Themen ist keineswegs abschliessend. Sie ist lediglich indikativ, um die eben aufgestellte Behauptung der Reichhaltigkeit der Thematik zu illustrieren.

- Wandlungen im sicherheitspolitischen Denken der Schweizer;
- Was heisst heute "Sicherheit"?
- Die Rolle bewaffneter Streitkräfte im Europa von morgen;
- Die Zukunft der Sowjetunion a) als Weltmacht, b) in Europa;
- Mittel-Osteuropa: künftiger Status und Verhältnis zum übrigen Europa, einschliesslich der Sowjetunion;
- Neue Formen der Kriegführung und Konfliktaustragung;
- Neue Strategien;
- Die Zukunft nuklearer Waffen und Abschreckung;
- Die NATO: ein Bündnis ohne Feinde?
- Deutschland;
- Einheitlicher Markt und Rüstungsbeschaffung;
- Europa ohne oder "mit weniger" USA?
- Chancen und Grenzen der Abrüstung: zwischen "sufficiency" und "insufficiency";
- Mittelmeer: die neue strategische Konfrontationszone;
- Nicht-militärische Bedrohungen;
- Die EG auf dem Wege zur Sicherheitsgemeinschaft;
- Die Zukunft (bewaffneter) Neutralität in Europa; Gesamteuropäische Konzepte und Institutionen;
- Die Verifikation von Abrüstungsabkommen.

3. Das Angebot an sicherheitspolitischer Forschung

3.1. In den Vereinigten Staaten von Amerika:

Sicherheitspolitische Themata erfreuen sich als Folge des weltweiten Engagements der Vereinigten Staaten unter ihren Meinungsträgern (Politiker, Militärs, Akademiker, Presse, Intellektuelle) eines grossen Interesses. Mit der wachsenden aussenpolitischen Agenda der USA seit dem Zweiten Weltkrieg und der kritischeren Haltung immer breiterer Kreise zur offiziellen Politik (Vietnam!) erlebte auch die sicherheitspolitische Forschung eine beachtliche Expansion. Bestanden in den USA 1988 insgesamt rund 300 Institute, die sich mit den Themenkreisen Krieg, Frieden und Sicherheit beschäftigten, so sind davon beachtliche 208 (= 69%) in der Periode seit 1970 entstanden. Eine Mehrzahl davon (rund 130 oder 43%) entfällt auf die Periode zwischen 1980 und 1987.¹

In diesen Zahlen eingeschlossen finden sich öffentliche, halbprivate oder private Institute, die in Grundlage und Zielrichtung sehr heterogen sind: Universitätsprogramme, Universitätszentren, staatlich finanzierte Institute und militärische Forschungszentren, kommerzielle Forschungsfirmen, unabhängige Datenbanken, "Think Tanks", "Pressure Groups" u.a.m. Allerdings bürgt schon die Grösse des Landes dafür, dass in den USA eine relativ grosse Anzahl qualitativ hervorragender Zentren zu finden ist.

Beispiele reiner sicherheitspolitischer Forschungszentren sind die Rand Corporation, Santa Monica, CA, das Center for International and Strategic Affairs (CISA) an der University of California at Los Angeles, das Center for Russian and Soviet Studies am Monterey Institute of International Studies, Monterey, CA, das Program in Arms Control, Disarmament, and International Security (ACDIS) der University of Illinois, Urbana, IL, das Center for Strategic and International Studies (CSIS), zunächst mit der Georgetown University, Washington, D.C., verbunden, jetzt unabhängig, die Brookings Institution, Washington, D.C., das Peace Studies Program an der Cornell University, Ithaca, N.Y., das Institute of War and Peace Studies (IWPS) an der Columbia

1) Kincade, William H. und Hayner, Priscilla B. (Hg.), The ACCESS Resource Guide, Cambridge, MA, 1988, p. xi f.

University in New York, das Center of International Studies (CIS) an der Princeton University, Princeton, N.J., sowie die beiden prominenten Institute CSIA (Center for Science and International Affairs) und CFIA (Center for International Affairs) an der Harvard University Cambridge, MA, oder das Defense and Arms Control Studies Program (DACCS) am Center for International Studies des Massachusetts Institute of Technology (M.I.T.), ebenfalls in Cambridge, MA.

Beispiele renommierter Zentren, deren Arbeit sicherheitspolitische Forschung und Ausbildung umfasst, sind das Center for International Security and Arms Control (CISAC) an der Stanford University, Stanford, CA, die Paul H. Nitze School of Advanced International Studies (SAIS) an der Johns Hopkins University, Washington, D.C., das Center for International Security Studies at Maryland (CISSM) an der University of Maryland oder das National Security Program der John F. Kennedy School of Government an der Harvard University, Cambridge, MA.

Praxisnähe:

Die sicherheitspolitische Forschung und Ausbildung solcher Institute zeichnet sich durch eine erstaunliche Kombination von geistiger Unabhängigkeit und Praxisnähe aus. Neben staatlichen Instituten besteht nämlich eine grosse Anzahl privat finanzierter Zentren (alimentiert z.B. durch Stiftungen wie die Ford Foundation, MacArthur Foundation u.a.), was eine breite Meinungspalette und hinsichtlich der Forschung eine relativ grosse (geistige) Unabhängigkeit von der Regierung garantiert. Weil aber viele der renommierteren Forscher ehemalige (und möglicherweise zukünftige) Regierungsmitglieder sind oder neben ihrer Forschungstätigkeit Beratungen für Regierungsstellen durchführen, zeichnet sich ihre Arbeit durch Praxisnähe aus. Das wiederum fliesst dort, wo Schulungsprogramme vorhanden sind, in eine praxisnahe Ausbildung von Studenten und Experten ein.

Ausbildung: Zunehmende Spezialisierung:

Ein möglichst breiter wissenschaftlicher Hintergrund und deshalb eine möglichst breite Heranführung an sicherheitspolitische Fragen wird von führenden amerikanischen Experten im Bereich Sicherheitspolitik als besonders wichtig empfunden. Kenntnisse in den Bereichen Internationale Beziehungen (auch Theorien), Weltwirtschaft, Internationales Recht (Völkerrecht), "World Order Politics", aber auch Geschichte und quantitative Methoden (z.B. Statistik) werden immer wieder als notwendige Instrumente für sicherheitspolitische Analysen bezeichnet. Realisiert wird diese Forderung durch ein breites und gut ausgebautes Angebot von Fächern mit sicherheitspolitischer Relevanz (z.B. "International Relations", "International Economics", "International Law", "World Order Politics" u.a.m.).

Konsequenterweise setzt die Spezialisierung (und damit die spezifische Ausbildung) auf sicherheitspolitische Themata in der Planung von US-Lehranstalten auf der Stufe der Graduierten (Nachdiplom-Stufe) ein. Entsprechende Masters- oder Ph.D.-Programme, die in der Regel rund zwei Jahre dauern, bestehen gleichzeitig aus Lehre und Forschung: Die Teilnehmer erwerben oder vertiefen ihre sicherheitspolitischen Spezialkenntnisse durch Vorlesungen, Seminare usw., währenddem sie gleichzeitig eine umfangreichere Forschungsarbeit (Masters Thesis oder Dissertation) verfassen. Die Programme enden nach erfolgreicher Absolvierung mit der Verleihung des Masters Degree oder des Dokortitels (Ph.D.). Solche Lehrgänge finden sich an vielen Universitäten der USA, allerdings mit grossen Unterschieden in bezug auf Qualität und Quantität des Angebots an Lehrpersonal und Kursen. Gute bis sehr gute Programme, wie sie in der Folge kurz skizziert werden, legen sehr viel Wert auf eine praxisnahe Ausbildung.

Ausgewählte Programme:

Eines der besten Programme findet sich an der School of Public Affairs der Universität von Maryland, die unter anderem ein Programm mit Schwerpunkt Sicherheitspolitik anbietet. Dort begann Professor Catherine McArdle Kelleher (sie unterrichtete zuvor am National War College und diente im Nationalen Sicherheitsrat im Weissen Haus) vor

wenigen Jahren mit dem Aufbau eines sicherheitspolitischen Ausbildungsprogramms (Center for International Security Studies at Maryland, CISSM), das Absolventen mit dem analytischen und intellektuellen Rüstzeug für die Arbeit als Sicherheitsexperten ausstattet. Das Programm dauert zwei Jahre, wobei im ersten Jahr die Erarbeitung der analytischen Instrumente im Vordergrund steht. Politische, ökonomische, finanzielle und normative Analysen werden ergänzt durch Kurse in Statistik, Rechnungswesen, Operations Research und fortgeschrittenen quantitativen Methoden sowie eine Einführung in "Public Management". Besonderen Wert legt das Programm auf frühe Praxis, die durch Workshops, vor allem aber durch "Internships" (d.h. praktische Arbeit in einer Regierungsstelle oder in einer privaten Firma während den vorlesungsfreien Sommermonaten) erworben wird. Das zweite Jahr ist für die sicherheitspolitische Spezialisierung reserviert, wobei die Entwicklung von Aussen- und Sicherheitspolitik, Nuklearstrategie, aber auch ethische Fragen im Zusammenhang mit Nationaler Sicherheit, die Anwendung quantitativer Methoden auf Sicherheits- und Abrüstungsfragen, regionale Sicherheitsaspekte usw. auf dem Programm stehen. Auch hier ist der Bezug zur Praxis von zentraler Bedeutung: Jeder Teilnehmer hat ein umfangreiches "policy analysis memo" zu verfassen, wofür er während rund sieben Monaten - unter Aufsicht eines Professors - mit einem realen Kunden aus der Regierung oder aus dem privaten Sektor zusammenarbeitet und einen realen Fall bearbeitet.

Ein ähnliches Programm bietet die School of International and Public Affairs an der Columbia University in New York im Rahmen ihres M.I.A. (Master of International Affairs)-Programms an. Hier besteht die Möglichkeit, sich auf den Bereich "International Security Policy" zu spezialisieren. Den Studenten steht die Auswahl zwischen der Gewichtung auf Ost-West- oder regionalen Sicherheitsproblemen offen. Dabei wird wiederum nicht nur die Belegung von Vorlesungen, sondern auch Forschung (individuell oder in Gruppen) verlangt. Wo möglich und von den Studenten gewünscht, wird auch hier versucht, in Zusammenarbeit mit privaten Firmen/Organisationen oder mit Regierungsstellen reale Fälle zu bearbeiten, um angeeignete Fähigkeiten möglichst früh in der Praxis anzuwenden und zu testen.

An den Internships der Woodrow Wilson School of Public and International Affairs der Princeton University wird die Praxisnähe der amerikanischen Ausbildung deutlich: Ihre Teilnehmer sind verpflichtet, während den vorlesungsfreien Sommermonaten zwischen erstem und zweitem Ausbildungsjahr praktisch zu arbeiten, was zu temporären Anstellungen in privaten Firmen, vor allem aber auch in Regierungsagenturen wie dem US-Aussenministerium, US-Botschaften im Ausland, dem Verteidigungsministerium, Kongressstäben, dem Büro der US-Handelsbeauftragten usw. führt.

Für bereits aktive Offiziere und Beamte bieten sich im sicherheitspolitischen Bereich ebenfalls Weiterbildungsmöglichkeiten an. Neben der eher militärspezifischen Ausbildung an den War Colleges der Teilstreitkräfte besteht an der John F. Kennedy School for Government der Harvard University das National Security Program. Eingeteilt in drei Teilprogramme dient es der Vertiefung und Verbreiterung des sicherheitspolitischen Wissens verschiedener Hierarchiestufen der militärischen und zivilen Führungsträger.

Im Rahmen des Fellowship Program werden auf Vertragsbasis jährlich 22 von den Teilstreitkräften selber ausgewählte Offiziere (im Range von Lt. Colonel oder Colonel) nach Cambridge, MA, (übrigens auch an das IISS in London) entsandt. Alle sind Postgraduierte, d.h., sie besitzen einen Masters- oder Dokortitel. Die Dauer ihres Aufenthalts beträgt ein volles akademisches Jahr, während dem sie sich ihren Stundenplan aus dem gesamten Angebot der Harvard University, M.I.T. und affiliierten Institutionen selber zusammenstellen können. Im Zentrum steht allerdings die eigene Forschung, wobei Gruppenarbeit die Regel ist. Das Resultat sind oftmals qualitativ sehr gute Studien zu aktuellen sicherheitspolitischen Problemen, die bereits durch renommierte Verlage wie Westview Press veröffentlicht wurden. Nach Abschluss des Studienjahres kehren die Offiziere in ihre Teilstreitkräfte zurück.

Das Program for Senior Officials in National Security (SONS) ist für Offiziere der Stufen Colonel/Brigadier General (ein Stern) und die äquivalenten Ränge in der zivilen Verwaltung von Exekutive und Legislative (aber zum Teil auch privater Firmen) gedacht. Es dauert acht Wochen und soll den Teilnehmern ein vertieftes Verständnis von

sicherheitspolitischen Fragen und dem dazugehörigen Umfeld geben. Damit sollen sie für höhere Positionen vorbereitet werden.

Das Program for Senior Executives in National and International Security (NISM) dauert zwei Wochen. Teilnehmer sind Zwei- und Dreisterngenerale und ihre zivilen Aequivalente. Das intensive Programm soll der vertieften Reflexion, dem Meinungs austausch und der Wissenserweiterung im Bereich der Sicherheitspolitik und damit zusammenhängender Probleme dienen. Es umfasst eine breite Palette von Themen, die von der sowjetischen Militärdoktrin und regionalen Sicherheitsproblemen über die Zusammenarbeit mit dem Kongress bis hin zur nuklearen Rüstungskontrolle und makroökonomischen Fragen reichen. Beschlossen wird das Programm durch eine Simulationsübung (Crisis Management Exercise).

Das National Security Program, geleitet von Bernard E. Trainor, Lieutenant General U.S.M.C. (ret.), wird schliesslich ergänzt durch anforderungsreiche dreitägige Seminare, deren Teilnehmer sich aus den zivilen und militärischen Führungsspitzen der USA zusammensetzen.

Bedeutung der Forschungszentren:

Die zahlreichen Forschungszentren und -institute in den USA sind von zentraler Bedeutung für die sicherheitspolitische Ausbildung und den hohen sicherheitspolitischen Wissensstandard des Landes. Sie erfüllen mehrere Funktionen:

1. Oeffentliche Diskussion: Sie ermöglichen eine hochstehende öffentliche Debatte über sicherheitspolitische Fragen. Das geschieht erstens durch die Verbreitung neuer Forschungsergebnisse in (oft eigenen) Periodika oder Newsletters. Im weiteren wird durch Veranstaltungen und Konferenzen eine direkte Dialogplattform zwischen in- und ausländischen Forschern, vor allem aber auch zwischen Forschern und Praktikern, d.h. "Anwendern" etabliert. Das vergrössert die Praxisnähe der amerikanischen Forschung, die bereits durch die weit verbreitete Beratertätigkeit von US-Akademikern sehr gross ist (s.o.).

2. Sicherstellung eines Expertenpools: Sie garantieren die Existenz eines Expertenpools zur Nutzung durch die Regierung, was diese befähigt, eine grosse Spannweite sicherheitspolitischer Aufgaben mit Hilfe aktuellster Expertisen zu bewältigen.
3. Heranbildung und Sicherstellung von Nachwuchs: Durch ihre Existenz und ihre Forschungsprogramme eröffnen sie jüngeren Forschern eine Perspektive für die Weiterarbeit nach Abschluss des Studiums. Das macht eine Karriere im Bereich Sicherheitspolitik möglich und eine Spezialisierung auf diesem Gebiet erst sinnvoll. Durch sogenannte "Fellowship Programs" werden junge Wissenschaftler in die laufende Forschung integriert und auf höchstem Niveau ausgebildet.
4. Vertiefung und Schwerpunktsetzung: Die Kombination von Unabhängigkeit und Praxisnähe der US-Institute (s.o.) erlaubt eine unabhängige, aber realitätsbezogene Schwerpunktsetzung in der Forschungsarbeit. Ausgewählte Problemkreise werden im Rahmen von koordinierten, zumeist interdisziplinären Forschungsprogrammen mit breiter Perspektive vertieft analysiert. So laufen allein am Center of International Studies (CIS) in Princeton gegenwärtig mehrere Forschungsprogramme in jedem der folgenden fünf Kernbereiche: International Security, International Political Economy, Development Studies, Comparative and Regional Studies, U.S.-Japan Program. Und am Center for Science and International Affairs (CSIA) der John F. Kennedy School of Government an der Harvard University existieren gegenwärtig folgende sechs Arbeitsgruppen: The Nuclear Arms Working Group, The Technology and Security Working Group, The European Security Working Group, The Global Environmental Working Group, das Projekt "Nuclear Proliferation: Developing an International Cadre for the 21st Century", The New Thinking Working Group.
5. Internationales Netzwerk: Durch ihre Kontakte ins Ausland garantieren die Zentren den Anschluss an die internationale Forschung und schnellstens verfügbare Informationen zu aktuellen Problemen über informelle Kanäle.

3.2. In Westeuropa:

Ueberblick:

Auch hier ist auszugehen von dem erstaunlichen Wachstum, sowohl zahlen- wie bestandesmässig, von Institutionen, die sich ganz oder teilweise mit aussen- und sicherheitspolitischen Fragen befassen. Eine vom "International Institute for Strategic Studies" (IISS) in London herausgegebene Uebersicht² legt hiervon eindrückliches Zeugnis ab. Nicht zuletzt in Ländern der sogenannten Dritten Welt wurde in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren eine erstaunlich grosse Zahl solcher Institute ins Leben gerufen. Sie mögen oft klein oder finanziell schwach dotiert sein. Sie bilden aber immerhin einen Ansatz- und Anlaufpunkt von politisch-wissenschaftlicher Bedeutung.

Europa bildet keine Ausnahme: auch hier gab es in der Nachkriegszeit viele Neugründungen, die dem Beispiel des bereits in den zwanziger Jahren geschaffenen "Royal Institute of International Affairs" (Chatham House) als Forschungszentrum und dem "Institut universitaire de hautes études internationales" (IUHEI) in Genf als Ausbildungsstätte folgten. Die meisten von ihnen gehen auf die fünfziger Jahre zurück: dazu gehören etwa das "Centre d'études de politique étrangère" (jetzt "Institut français de politique internationale", IFRI) in Paris oder das Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGfAP) in Bonn (Nachfolger des "Instituts für Europäische Politik und Wirtschaft" in Frankfurt).

Die aufkommende Debatte über die Atomwaffe und ihre strategische Verwendung führte 1959 zur Gründung des ersten internationalen "Institute for Strategic Studies" in London; jene über Rüstungskontrolle und Abrüstung zur Schaffung des von der schwedischen Regierung finanzierten, ebenfalls international konstituierten "Stockholm International Peace Research Institute" (SIPRI) in den sechziger Jahren.

2) International Institute for Strategic Studies (IISS) (Hg.), World Survey of Strategic Studies Centres, London 1988.

In Italien konnte soeben das "Istituto Affari Internazionali" in Rom sein fünfundzwanzigjähriges Bestehen feiern. Das ältere "Istituto per gli Studi di Politica Internazionale" in Mailand erlebte nach Jahren sehr geringer Tätigkeit eine Art Renaissance. Daneben gibt es zumal in der Hauptstadt eine ganze Reihe teils recht aktiver "Centri", die meist mit einer der grösseren Parteien verbunden sind.

In fast allen kleineren Ländern Europas existieren ebenfalls Institute für Aussen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik (manchmal sind alle drei Bereiche in ein und demselben Institut vereint). Sie bestehen zum Teil - wie etwa in Belgien und Schweden - seit mehreren Jahrzehnten. Gemeint sind damit das mehr von Vortrags- und Publikationstätigkeiten her bekannte "Institut royal des relations internationales" in Brüssel bzw. das "Swedish Institute of International Affairs" in Stockholm, das auf allen Gebieten eine beachtlich weitgestreute Tätigkeit entfaltet.

Sowohl in diesen Ländern wie in Norwegen (hier in erster Linie das "Norwegian Institute of International Affairs" und das mehr "friedenspolitisch" orientierte "International Peace Research Institute Oslo"), Finnland (mit dem "Finnish Institute of International Affairs"), den Niederlanden (hier das "Netherland Institute of International Relations Clingendael") und Oesterreich (mit dem "Oesterreichischen Institut für Internationale Politik" in Laxenburg bei Wien) gibt es zahlreiche weitere kleine Zentren und Institute, die insbesondere in den späten sechziger und den siebziger Jahren entstanden. Viele von ihnen beschäftigen sich ganz oder überwiegend mit sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen (so in London RUSI, d.h. das bekannte "Royal United Services Institute" oder das hervorragend ausgerüstete "National Defence Research Institute" in Schweden). Andere wiederum legen den Schwerpunkt auf friedenspolitische Studien und Konfliktlösung, etwa das "Polemological Institute" der Universität Groningen/NL oder die "Groupe de Recherche et d'information sur la paix" in Brüssel.

In dieser Differenzierung zeigt sich immer noch recht deutlich jene Polarisierung zwischen traditioneller sicherheitspolitischer oder "strategischer" Forschung einerseits und der Friedens- und Konfliktforschung andererseits, die in der Schweiz während Jahren die Gründung eines Instituts, das beide Bereiche, bzw. "approaches"

umfasst, verhindert hat. Eine erste Synthese ist zwar mit der Schaffung der "Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse" an der ETH Zürich erreicht worden. Aber das Festhalten der von Ständerat Otto Schoch präsierten "Arbeitsgruppe Armee reform" an der Notwendigkeit der Errichtung eines schweizerischen Institutes für Friedens- und Konfliktforschung zeigt, dass auch in der Schweiz Tendenzen zu einer Gegenüberstellung der beiden "Schulen" nach wie vor bestehen.³

Abschliessend und in diesem Zusammenhang nicht ganz zufällig ist noch auf zwei internationale Institute und deren Tätigkeit hinzuweisen: Es war die aufkommende Debatte über die Atomwaffe und ihre strategische Verwendung, die 1959 zur Gründung des ersten internationalen "Institute for Strategic Studies" in London führte, während die Diskussion über Abrüstung und Friedenssicherung in den sechziger Jahren die Etablierung des "Stockholm International Peace Research Institute" (SIPRI) bewirkte, das ursprünglich ausschliesslich von der schwedischen Regierung, heute auch mit Stiftungsgeldern finanziert wird. Auf diese Weise fand die erwähnte Polarisierung auch auf internationaler Ebene statt. Sie hat sich allerdings seit längerem abgeschwächt und dürfte heute, nach dem Ende des Kalten Krieges, nur noch in einer verschieden gelagerten Schwerpunktbildung und einer durch Tradition und Konkurrenz bestimmten Profilierung bestehen. Immerhin ist bemerkenswert, dass beide renommierten Institute ihren Nährboden in Europa und nicht in Amerika fanden. Ähnliches gilt übrigens auch für das international bzw. europäisch ausgerichtete "Centre for European Policy Studies" in Brüssel.

Bedeutung der Forschungszentren

Zu vermerken ist zunächst einmal die Tatsache, dass allein diese - sehr rudimentäre - Aufstellung eine ganz beachtliche Dichte von Forschungs- und Ausbildungszentren in Europa aufzeigt. Es gibt unseres Wissens kein Land - mit Ausnahme von Mini-Staaten wie Monaco oder Andorra sowie - wahrscheinlich - Albanien, das nicht über mindestens ein Forschungsinstitut für Aussen- und Sicherheitspolitik

3) Bericht der Arbeitsgruppe Armee reform, präsiert von SR Otto Schoch, Bern 1990, p. 11.

verfügt.⁴ In den meisten Ländern gibt es sogar mehrere, von denen viele unabhängig sind, d.h. entweder ganz oder doch teilweise aus privaten Quellen finanziert. Dazu gehören etwa das IISS in London oder das Forschungsinstitut der DGfAP in Bonn. Institute wie das IFRI in Paris oder das "Istituto Affari Internazionali" in Rom erhalten je nach Lage und Auftrag Zuschüsse von staatlicher Seite. So grosse und bedeutende Institutionen wie die "Stiftung Wissenschaft und Politik" in Ebenhausen/München und das "Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien" (Blost) in Köln werden ausschliesslich von der Bundesregierung finanziert. Dies ist bedingt durch die ihnen übertragene Auftragsforschung, die ihrerseits wiederum eine bestimmte Grösse des Mitarbeiterstabes voraussetzt.

Entwicklung und Tätigkeit aller dieser Zentren haben gezeigt, dass sie offenbar einem mehr oder weniger deutlich artikuliertem Bedürfnis entsprechen. Sie haben sich durch ihre Forschungstätigkeit als Plattform und Ansprechstelle für weitgespannte internationale Kontakte und Organisatoren wissenschaftlicher Konferenzen einen unübersehbaren Platz in der sicherheits- und forschungspolitischen Landschaft Europas geschaffen. Viele, wo nicht alle Regierungen (zumal Aussen- und Verteidigungsministerien) greifen auf sie zurück und ziehen direkten oder indirekten Gewinn aus ihren Tätigkeiten.

Sicherstellung eines Expertenpools

Hier kann ähnliches festgestellt werden wie im Abschnitt über die Vereinigten Staaten (s.o.): Diese Institute stellen je nach ihrer Spezialisierung, Grösse und ihrem Gewicht für Forschung und Regierung einen "Pool" von Experten, auf den jederzeit zurückgegriffen werden kann. Das wird natürlich von Staat zu Staat verschieden gehandhabt. So gibt es in mehreren Ländern - wie Deutschland und Schweden - Studiengruppen, die sich aus Vertretern der Politik, Wirtschaft - also der Praxis - und der Wissenschaft zusammensetzen und in denen gemeinsam interessierende Probleme der Aussen- und Aussenwirtschaftspolitik systematisch und über längere Zeit hinweg regelmässig erörtert werden. Beide Seiten profitieren sehr viel von seinem solchen Gedankenaustausch - die Erfahrungen der Praxis

4) Auf die Lage in der Sowjetunion und Ost-Mittleuropa wird weiter unten eingegangen.

lassen die wissenschaftliche Forschung nahe an der Realität bleiben, während umgekehrt deren Ideen und Konzeptionen die Praxis anreichern. Ein solcher regelmässiger und tabu-freier Gedankenaustausch fehlt dagegen in der Schweiz fast völlig.

Ebenso fehlt eine weitere Art der Nutzung des wissenschaftlichen Potentials durch die Verwaltung, wie sie in Deutschland und anderen Ländern fast selbstverständlich ist: die Teilnahme von ausserhalb der Verwaltung (hier v.a. EDA und EMD) stehenden Persönlichkeiten vorab der Wissenschaft an wichtigen Auslandsmissionen und ihre Verwendung als externe Berater der jeweiligen Ministerien. Sowohl Bundespräsident von Weizsäcker wie Bundeskanzler Kohl und Aussenminister Genscher betrachten es als eine Selbstverständlichkeit, für solche Missionen auch die Direktoren und Spezialisten der zuständigen Forschungsinstitute einzuladen. Schliesslich werden in manchen Ländern aussenstehende Institute zu Gesprächen bzw. Expertisen eingeladen, zumal da, wo die zuständigen offiziellen Instanzen personell und/oder fachlich nicht in der Lage sind, solche Expertisen selber zu erstellen.

Es lässt sich damit der Schluss ziehen, dass die Existenz eines nicht verwaltungseigenen Expertenpools zahlreiche Vorteile auch und gerade für die Verwaltung selber hat - von seiner Bedeutung für die einschlägige Forschung, für das Land und die Kontakte mit dem Ausland einmal ganz abgesehen.

Heranbildung und Sicherstellung von Nachwuchs:

Ein solcher "Expertenpool" entsteht nur dank einer langen und systematisch durchgeführten Ausbildung jüngerer geeigneter Fachkräfte. Ihre spätere Verwendung kann verschiedenartig sein: sei es auf Stellen in Wissenschaft und Forschung selber, sei es in der Verwaltung, in den Massenmedien oder in Institutionen, die international tätig sind.

Folgerichtig gehört die Ausbildung von wissenschaftlich qualifiziertem Nachwuchs auch zur Aufgabe einiger der hier genannten Institute. In Frankreich werden seit langem Forschungs- und Nachwuchsförderung

von verschiedenen staatlichen Behörden finanziert. Die 1972 gegründete "Fondation pour les études de défense nationale" erhält Mittel aus dem Verteidigungshaushalt. Aus dem Erziehungsministerium werden das "Centre national de la recherche scientifique" (CNRS) und die "Fondation nationale" bezahlt. In Grossbritannien finden seit den sechziger Jahren an den Universitäten von Aberdeen, Edinburgh, Lancaster, Aberystwyth und am King's College in London sowie an der London School of Economics Ausbildungstätigkeiten im Teilbereich Sicherheitspolitik statt.

In der Bundesrepublik hat die Stiftung Volkswagenwerk seit mehreren Jahren ein Programm laufen, mit dem jüngere Wissenschaftler im Bereich Sicherheitspolitik gefördert werden. Dies geschieht dadurch, dass sie an reputierte Institute gesandt werden, um dort unter Betreuung von Spezialisten von ihnen gewählte sicherheitspolitische Themen zu bearbeiten. Zu den hier einbezogenen Instituten gehören beispielsweise das Blost in Köln, das Forschungsinstitut der DGfAP und die Stiftung Wissenschaft und Politik. Ausserdem stellt das Bundesministerium für Verteidigung seit mehreren Jahren Staboffiziere für zwei bis drei Jahre an das Blost zwecks Ausbildung im Bereich Sowjetunion/Strategie und Verteidigungspolitik ab.

Eines der prominentesten Beispiele für einen internationalen Ausbildungsrahmen bildet sicher das IISS in London, an dem sich jährlich etwa acht bis zwölf Wissenschaftler und Beamte aus verschiedenen Ländern für etwa acht bis zwölf Monate zu Studienzwecken aufhalten.

Vertiefung und Schwerpunktsetzung:

In dem Masse, in dem sich die internationale Lage verändert, ändern sich auch Inhalt und Zielrichtung der Ausbildung im Bereich Sicherheitspolitik. Dabei ist davon auszugehen, dass Grundelemente des strategischen Denkens, Planens und Handelns ebenso wie der traditionellen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik weiterbestehen. Darüber hinaus hat in den letzten Jahren - und zumindest im europäisch-atlantischen Raum ist mit einer Fortsetzung dieser Tendenz zu rechnen - eine Erweiterung der Sicherheitsproblematik

stattgefunden: Institute wie das IISS oder SIPRI, aber auch nationale Institute wie das Forschungsinstitut der DGfAP wenden sich deutlich auch den nichtmilitärischen Komponenten zu. Dazu gehören Bereiche wie Demographie und Migration. Ganz oder teilweise neue Fragestellungen gibt es hinsichtlich künftiger Sicherheits- und Ordnungsstrukturen in Europa, der Entwicklungen in Ost-Mitteleuropa oder der Sowjetunion. Aber auch der Mittelmeerraum und der Nahe/Mittlere Osten werden für Europa in absehbarer Zeit noch mehr an Gewicht gewinnen als bisher. Ähnliches gilt für die Bereiche Abrüstung und Verifikation/vertrauensbildende Massnahmen/Konfliktverhütung.

Eine Uebersicht über die Tätigkeit vieler der hier angeführten Institutionen zeigt, dass fast alle im Begriffe sind, ihr "Aufgabenheft" zu überprüfen und neue, den erwähnten Entwicklungen angepasste Schwerpunktbildungen in ihrem Forschungs-, Ausbildungs- und Konferenzprogramm vorzunehmen. Viele von ihnen erweitern ihr Programm in Richtung Osteuropa und Sowjetunion mit zum Teil ganz neuen Fragestellungen. Dazu gehören beispielsweise die Rüstungskonversion, die Nationalitäten- und Minderheitenproblematik, die Migration oder die Ansätze zu einer Rückkehr zur "zivilen Gesellschaft" in den ehemals kommunistischen Ländern. Weitere Themenkreise sind die auf mehreren Ebenen verlaufende Proliferation von Massenvernichtungswaffen, die "strategisch-geopolitischen" Auswirkungen der Klimaveränderungen und/oder andere ökologische Entwicklungen (z.B. Wasser als Konfliktquelle).

Nur wenige dieser Themen werden derzeit in der Schweiz systematisch untersucht, ganz einfach, weil dafür die Spezialisten und die Mittel, letztlich aber auch die Nachfrage von offizieller Seite fehlen. Hier wäre man versucht zu sagen: das Bedürfnis ist gegeben, die Nachfrage aber nicht!

Unabhängigkeit und Finanzierung:

Beides gehört in mancher Hinsicht zusammen. Die Unabhängigkeit ist eine Grundvoraussetzung wissenschaftlicher Tätigkeit. Ihr Umfang wird oft, keineswegs immer, vom Grad der Abhängigkeit von öffentlichen

Mitteln bestimmt. Deshalb legen die meisten der nationalen Institute sowie das IISS und teilweise auch das Centre for European Policy Studies Wert darauf, keine Regierungsgelder anzunehmen. Diese Regel hat sich aber weder voll durchgesetzt, noch wird sie immer befolgt. Institute wie das "Netherland Institute of International Relations Clingendael" leben ohne allzu grosse Begrenzung ihrer Unabhängigkeit von staatlichen Mitteln. Das Gleiche gilt - zumindest teilweise - für das "Oesterreichische Institut für Internationale Politik" und das italienische "Istituto Affari Internazionali", während das wohl grösste Institut dieser Art, die "Stiftung Wissenschaft und Politik" in Ebenhausen/München, ganz aus Mitteln der deutschen Bundesregierung finanziert wird.

Immer wichtiger werden für fast alle dieser Institute Beiträge grosser Stiftungen (zunächst der amerikanischen wie Ford und Rockefeller, neuerdings und sehr gewichtig MacArthur, sodann vor allem deutscher Stiftungen - Volkswagen, Thyssen, Krupp, Bosch) und von seiten der Wirtschaft (Industrie, Banken). Die Beiträge dieser Institutionen sind aber entweder in ihrem Umfang oder ihrer zeitlichen Dauer, oft sogar in beidem begrenzt. Mit ihnen kann selten fest sowie nur teilweise und über kürzere Zeiträume gerechnet werden. Beiträge aus der Privatwirtschaft sind zudem konjunkturbedingt, aussen- und erst recht sicherheitspolitische Forschung ist für sie überdies meist durchwegs von marginaler Bedeutung. Dementsprechend sind die Beiträge oft bescheiden oder müssen hart erkämpft werden. In praktisch keinem Fall erlaubt deshalb diese Art von Finanzierung - komme sie von Stiftungen oder aus der Privatwirtschaft - längerfristige Planung für die Forschung und erst recht nicht für die Ausbildung und Förderung jüngerer Forscher.

3.3. Sowjetunion und Ost-Mittleuropa:

Ganz anders stellt oder stellte sich die Lage der aussen- und sicherheitspolitisch ausgerichteten Institute in der Sowjetunion und in den Ländern Ost-Mittleuropas dar. Hier bestand bis vor kurzem das andere Extrem hinsichtlich Finanzierung/Unabhängigkeit einerseits, Grösse des Mitarbeiterstabes andererseits. Diese Institute - in Moskau etwa das "Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen" (IMEMO) oder das "Institut USA-Kanada", in Prag und Budapest die

Institute für Aussenpolitik - waren einerseits überbesetzt, andererseits unterqualifiziert, da praktisch völlig von der staatlichen und parteilichen Finanzierung abhängig. Bereits vor der Vereinigung Deutschlands wurde das in Babelsberg angesiedelte "Institut für internationale Beziehungen" - Forschungs- und Ausbildungsstätte in einem - aufgelöst. Ihm folgte alsbald das der SED zugewiesene "Institut für Politik und Wirtschaft" in Berlin.

Alle diese Institute verfügten über einen überdimensionierten Mitarbeiterstab. Einige von ihnen waren den jeweiligen nationalen Akademien der Wissenschaft unterstellt. Ihre Produktion liess qualitativ und ihre Produktivität quantitativ mehr als zu wünschen übrig. Heute befinden sie sich fast alle im vollen Umbruch oder in Auflösung. Die Akademie-Institute werden um- oder neukonstruiert, sehr viel Ballast in Form untauglicher Mitarbeiter abgeworfen. Es entstehen neue Institute wie das vor kurzem in Moskau geschaffene "Europa-Institut" oder Pläne für neue Institute, so z.B. für ein Ausbildungszentrum in Sicherheitspolitik/Abrüstung in Budapest. Es ist allerdings heute noch schwer zu sagen, ob alle diese Neuschöpfungen erfolgreich sein werden, denn es fehlt an Geld und qualifizierten Mitarbeitern.

Bereits heute werden indessen diese keimenden sicherheitspolitischen Zentren durch Projekte international ausgerichteter Institutionen ergänzt. Vor allem zu erwähnen wäre hier das "Centre for European Studies" im Schloss von Stirin nahe bei Prag, das vom New Yorker "Institute for East-West Security Studies" ins Leben gerufen und am 26. November 1990 von Präsident Havel als Vertreter des Gastgeberlandes eröffnet wurde. Auf seinem Programm steht u.a. auch die Ausbildung von Diplomaten und Experten in politisch-wirtschaftlichen Bereichen.

Generell ist die sicherheitspolitische Forschungs- und Ausbildungslandschaft in der Sowjetunion und in Ost-Mitteleuropa durch einen enormen Nachholbedarf sowohl in thematischer wie personeller Hinsicht charakterisiert: Aufarbeitung lang vernachlässigter oder unterdrückter Themen, Ausbildung der für ihre Bearbeitung kompetenten Experten. Es könnte u.a. auch die Aufgabe schweizerischer Institutionen sein, bei diesem Aufbauprozess Hilfe zu leisten.

Bewertung:

Man wird die Existenz der zahlreichen Institutionen im Westen (nur in bedingtem Masse im "Osten") unseres Kontinents sowie ihre Leistungen nicht überschätzen dürfen. Viele unter ihnen sind finanziellen und personellen Beschränkungen unterworfen, die Qualität der Mitarbeiter und Publikationen ist naturgemäss unterschiedlich. Manches, was in der Schweiz getan und produziert wird, hält durchaus einen Vergleich mit ausländischen Experten und Publikationen stand. Der wesentliche und für die Schweiz nachteilige Unterschied liegt aber einmal darin, dass diese Institute als sicherheitspolitische Forschungsinstitutionen über eine international ausweisbare Identität und eine zeitlich unbegrenzte Kontinuität verfügen, die meisten zudem auch über ein Minimum an "kritischer Masse" sowohl hinsichtlich ihrer wissenschaftlichen Mitarbeiter (absolutes Minimum: drei bis vier) wie ihrer Infrastruktur (Hilfskräfte). Sie sind damit in der Lage, längerfristig zu planen und auf diese Weise eine praktisch stets anruf- und nutzbare Anlauf- und Auskunftsstelle für die Behörden und andere Stellen zu sein.

Trotzdem führt der hier aufgezeichnete, aber keineswegs vollständige Ueberblick zum Schluss, dass alle mit der Schweiz hinsichtlich Grösse, Finanzkraft und politischer Interessenlage vergleichbare Länder über mindestens ein auf Aussen- und meist auch Sicherheitspolitik spezialisiertes Institut verfügen. Die Schweiz kann hier sicher in keiner Weise konkurrieren, wohl aber - wenigstens in einem vielversprechenden Ansatz - im Bereiche der Ausbildung. Hier geniesst sie einen gerade im Blick auf die neuen Entwicklungen und im Blick auf die ehemals kommunistischen Länder zunehmend wichtigen Vorsprung und Erfahrungsschatz. Ihn gilt es unter allen Umständen zu bewahren und, im Sinne der ausgreifenden Sicherheitspolitik, auszubauen.

Abschliessend lässt sich vereinfachend feststellen, dass die Schweiz nicht zuletzt auch wegen ihrer föderalistischen Struktur in mancher - wenn auch glücklicherweise nicht in jeder - Hinsicht "sicherheitspolitisches Entwicklungsland" ist. Das hat die letztlich recht unbefriedigende Debatte über den neuen Bericht zur Sicherheitspolitik gezeigt und erst recht auch die Art und Weise seines Zustandekommens und die Qualität seines Inhalts.

In einer Zeit der zunehmenden internationalen Vernetzungen, der wachsenden staatlichen Abhängigkeit von sicherheitspolitischem Expertenwissen durch die Etablierung neuer internationaler Verhandlungsgremien und Organisationen mit schweizerischer Beteiligung (Abrüstung, Verifikation, Europäische Integration, Migrationsprobleme usw.) und des zunehmenden Bedarfs sicherheitspolitischer Expertisen von seiten des privaten Sektors (Banken, Export-Firmen, Investment-Sektor allg. u.a.m.) bedeutet diese Tatsache ein gewaltiges Negativum für das Selbststeuerungspotential, das unserem Land in einer dynamischen Zukunft zur Verfügung stehen wird.

Die quantitative und qualitative Aenderung der Infrastruktur der sicherheitspolitischen Forschung in der Schweiz, wie sie im folgenden entwickelt wird, ist deshalb Kern jeder Remedur des geschilderten Zustandes und darüberhinaus ein aktiver Beitrag an die Sicherheitspolitik unseres Landes.

4. Die Zukunft sicherheitspolitischer Forschung in der Schweiz

4.1. Die schweizerische Infrastruktur heute:

Bestandesaufnahme:

Der unterentwickelte Charakter der Schweiz im Bereich der sicherheitspolitischen Forschung ist auf verschiedene, jedoch miteinander zusammenhängende Faktoren zurückzuführen, die den Aufbau einer Infrastruktur für die SIPO-Forschung hierzulande massiv erschweren: Zentraler Punkt ist ein ungenügender Zufluss an Geldmitteln über einen längeren Zeitraum, der die Aufrechterhaltung von Konstanz in diesem Forschungsbereich durch den längerfristigen Unterhalt von Forscherstellen möglich machen würde. Daraus resultiert die mangelnde Attraktivität einer sicherheitspolitischen Ausbildung, die nach Abschluss des Studiums oder spätestens nach der Dissertation keine Aussicht auf eine Fortsetzung der Forschungstätigkeit in einem institutionellen Rahmen in der Schweiz bietet. Die Folge ist eine

Abwanderung des sicherheitspolitisch nutzbaren Expertenwissens in die Privatwirtschaft oder gar ins Ausland, womit dieses Wissen gleichzeitig dem Staat entzogen wird. Damit bleibt die staatlich nutzbare Forschung - neben einigen Privaten - auf die wenigen Professoren- und Assistentenstellen begrenzt, die an Instituten mit sicherheitspolitischer Ausrichtung bestehen. Selbst hier sind indessen so wenige Stellen vorhanden, dass die kleine Zahl der zur Verfügung stehenden Experten durch ihre Lehrtätigkeit (Vorlesungen, Seminare) und die resultierenden administrativen Arbeiten nicht nur absorbiert, sondern überlastet sind. So wird erstens eine fruchtbare wissenschaftliche Forschungstätigkeit verunmöglicht und zweitens die Aufrechterhaltung der heute im wissenschaftlichen Umfeld unerlässlichen nationalen und internationalen Kontakte stark erschwert. Die Anwendung interdisziplinärer Ansätze, die der Komplexität der heutigen Sicherheitspolitik gerecht werden könnten, werden verunmöglicht. Synergieeffekte werden durch das Fehlen eigentlicher Kristallisationspunkte sicherheitspolitischer Forschung, d.h., den dezentralen Charakter der bestehenden Ansatzpunkte, verhindert:

Ein internationaler Vergleich macht die beschriebene "Unterentwicklung" unseres Landes deutlich: Während ein Ueberblick vor allem für die USA und Westeuropa seit Anfang der siebziger Jahre einen sprunghaften Anstieg der Zahl sicherheitspolitischer Forschungszentren und Programme belegt⁵, machte die Schweiz diese Entwicklung nicht mit. Das resultiert in einer im Vergleich zum Ausland massiv geringeren Dichte, gemessen in institutionell verankerter Forschung pro Einwohner.⁶

Heute bestehen in der Schweiz nur sehr wenige Institute, an denen wissenschaftliche Forschung im Bereich Sicherheitspolitik betrieben wird. Dies sind in erster Linie die Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse an der ETH Zürich (Prof. Spillmann) und das Institut Universitaire de Hautes Etudes Internationales (IUHEI, Prof. Gasteyger) in Genf, das auch das einzige bestehende, spezifisch auf

5) Während in Westeuropa 1950-1959 24 SIPO-Forschungszentren entstanden, waren es 1960-1969 bereits 32, 1970-1979 64 und allein zwischen 1980-1983 34 Institute. Für die USA lauten die Zahlen für neuentstandene SIPO-Zentren und Programme: 19 (1940-1949), 22 (1950-1959), 33 (1960-1969), 78 (1970-1979) und 130 (1980- Mitte 1987), s. Kincade/Hayner (Hg.), The ACCESS Resource Guide, p. xi f.

6) Zur Dichte der schweizerischen SIPO-Forschung im Vergleich zum Ausland, s. Anhang I.

Hautes Etudes Internationales (IUHEI, Prof. Gasteyger) in Genf, das auch das einzige bestehende, spezifisch auf Sicherheitspolitik ausgerichtete Ausbildungsprogramm der Schweiz (SIPOLEX unter Curt Gasteyger und Fred Tanner) anbietet. Dazu gehörte bis vor kurzem auch die Forschungsstelle für Politische Wissenschaft der Universität Zürich. Hier wurde allerdings seit dem Tod von Prof. Daniel Frei (1988) noch kein Nachfolger als Leiter bestimmt. Nach dem kürzlichen Abgang von Prof. Ruloff ist nun die Gefahr umso grösser, dass Zürich im Bereich "Internationale Beziehungen" den Anschluss an die Forschung und das seit 1971 vor allem durch die Arbeiten von Daniel Frei und Dieter Ruloff gewonnene internationale Renommee verliert. Zugleich bedeutet diese Entwicklung ein bedenkliches Aussetzen der Lehre im Bereich der Internationalen Beziehungen, was eine signifikante Verminderung der in diesem Fach geschulten jungen Wissenschaftler zur Folge hat. Keines dieser Institute verfügt über genügend Finanzkapazität, um kontinuierliches - und damit auf Abruf verfügbares - Expertenwissen in mehreren sicherheitspolitischen Teilbereichen sicherzustellen.

Der Rest der sicherheitspolitisch relevanten Forschung in unserem Land präsentiert sich zumeist in Form unkoordinierter Einzelprojekte. Im Raum Zürich betrifft dies etwa Prof. Bruno Fritsch, Institut für Wirtschaftsforschung, ETH Zürich, Prof. Albert A. Stahel, Militärische Führungsschulen an der ETH Zürich, Prof. Jakob Gut, Institut für militärische Sicherheitstechnik, ETH Zürich, Dr. Gustav Däniker, Div. zD, Kilchberg, Dr. Thomas Peter, Basler und Partner, Zollikon, Prof. Dr. Ernst Kux, Küsnacht (ZH) und Dr. Stephan Kux, Forschungsstelle für Politische Wissenschaft, Universität Zürich. An der Hochschule St. Gallen wären zu nennen: Prof. Jürg M. Gabriel und Prof. Alois Riklin, in Bern die Zentralstelle für Gesamtverteidigung (ZGV, Leitung: Hansheiri Dahinden), die Schweizerische Friedensstiftung (Sekretär: Günther Bächler), Prof. Wolf Linder und Dr. Ruth Meyer von der Universität Bern, das Schweizerische Ost-Institut (SOI, Leitung: NR Dr. Peter Sager) sowie Dr. Laurent F. Carrel, Chef Studiengruppe Prospektion, Stab GGST, EMD und Lehrbeauftragter, Philosophisch-historische Fakultät, Univ. Bern. Dazu kommen im welschen Raum neben Prof. Gasteyger und Prof. Urs Luterbacher (IUHEI) auch Prof. Pierre de Senarclens (Univ. Lausanne), Prof. Pierre Allan und Prof. M.Y. Fricker (Univ. Genf), Prof. Jacques Freymond, Genthod, Dr. Jean Freymond

Freymond (Centre d'études pratique de la négociation internationale, Genf) sowie Thomas Bernauer (UNIDIR).

4.2. Die schweizerische Infrastruktur morgen:

Das Malaise der sicherheitspolitischen Forschung in der Schweiz besteht also primär aus einer zu geringen finanziellen Alimentierung und ihren strukturellen sowie psychologischen Konsequenzen: zu kleine, dezentralisierte und unkoordinierte Ansätze institutioneller Forschung; keine Motivation zur Spezialisierung, da kaum Karriereaussichten.

Jede Lösung kann daher nicht nur lediglich in einem vergrösserten Geldfluss in die bestehende, ungenügende Infrastruktur bestehen. Vergrösserte Ressourcen müssen dazu verwendet werden, die strukturellen Voraussetzungen für eine fruchtbarere Forschungstätigkeit zu schaffen. Der Aufbau eines Expertenpools im Bereich Sicherheitspolitik ist damit klar eine längerfristige Aufgabe, die auf verschiedenen Ebenen angegangen werden muss: Garantiert werden müssen primär eine solide, breit fundierte Ausbildung auf Stufe Vordiplom, die Möglichkeit zur sicherheitspolitischen Spezialisierung auf postgraduierte Stufe und die Gelegenheit, dieses Spezialwissen an Forschungsinstituten anzuwenden, zu verbreitern und zu vertiefen. Darüberhinaus ist eine verbesserte Koordinierung der bestehenden sicherheitspolitischen Forschungstätigkeit in der Schweiz notwendig.

Stufe Vordiplom:

Wie die ausländischen Programme und Institute deutlich zeigen, besteht die Wissensbasis eines Sicherheitsexperten in der Regel in einer breiten Ausbildung in den Bereichen Internationale Beziehungen, Internationale Oekonomie, Internationales Recht und Geschichte, ergänzt durch zumindest minimale Kenntnisse in quantitativen Methoden. Zur Aneignung dieser Grundinstrumente würden sich in der Regel die Lehrangebote an schweizerischen Universitäten und höheren Lehranstalten eignen. Allerdings ist gerade der Bereich "Internationale Beziehungen" in der Schweiz (wie z.B. auch in der Bundesrepublik

Deutschland) unterrepräsentiert: Wolfgang Krieger monierte kürzlich den mangelnden deutschen Nachwuchs im Berufsfeld "Internationale Beziehungen" in einer Periode, in der sich die internationalen Verflechtungen rasant vermehren und die Kenntnis der internationalen Zusammenhänge massiv an Wichtigkeit gewinnt, als Defizit bundesdeutscher Bildungspolitik.⁷ Die geringe Zahl schweizerischer Lehrstellen in diesem Bereich lässt für die Schweizer Bildungspolitik keinen besseren Schluss zu. Die spezielle Situation in Zürich nach dem Ableben von Prof. Daniel Frei (s.o.) verdüstert darüberhinaus die Aussichten auf eine baldige Besserung der Lage drastisch. Die Remedur dieser Situation ist allerdings primär eine kantonale Aufgabe, solange sich der Bund nicht dazu entschliesst, dieses Defizit mit eigenen Massnahmen (z.B. Eröffnung eines Lehrstuhls für Internationale Beziehungen an der ETHZ) abzudecken.

Spezialisierung:

Eine Konzentration auf spezifisch sicherheitspolitische Probleme ist erst auf Nachdiplomstufe sinnvoll. Hier besteht aber in der Schweiz eine bedenkliche Lücke. Nur in Genf besteht mit dem International Training Course in Security and Disarmament (ITC) ein international konkurrenzfähiger Kompaktausbildungskurs, der mit einem sehr guten Mischangebot in die Materie der Sicherheitspolitik einführt und den Anwender/Praktiker auf seine Rolle vorbereitet. Analog dem National Security Program in Harvard könnte hier als Ergänzung der Aufbau kürzerer (zwei- bis dreimonatiger, zweiwöchiger je nach Hierarchiestufe) Spezialisierungsprogramme für Offiziere, zivile Beamte und sicherheitspolitisch tätige Fachleute ins Auge gefasst werden, um sicherheitspolitisches Wissen und sicherheitspolitische Zusammenhänge auf allen Stufen zu vertiefen. Kurzseminare für die zivile und militärische Führungselite könnten auch hier der Aktualisierung und der Vertiefung des Wissens dienen.

Die Ergänzung des Genfer Programms durch ein zweijähriges Nachdiplomstudium in Zürich, das den Akzent auf eigenständige, praxisorientierte Forschungsarbeit setzen würde, wäre ein wichtiger

7) Krieger, Wolfgang, Der mangelnde Nachwuchs im Berufsfeld "Internationale Beziehungen". Ein Defizit bundesdeutscher Bildungspolitik, in: Europa-Archiv, 9. Folge, 10.5.1990, p. 311-318.

Beitrag zur Verbreitung sicherheitspolitischer Kenntnisse, welche auch die spezifisch schweizerische Perspektive implizieren. Damit könnte zumindest ein Teil des Bedarfs an sicherheitspolitischem Wissen abgedeckt werden, das heute als Folge der wachsenden internationalen Vernetzungen mindestens als Teilaspekt in immer mehr Berufen dringend benötigt würde (z.B. Banken, Versicherungen, Export-Firmen, Tourismusbranche usw.). Ein solches Programm wäre auf jeden Fall notwendig, um eine landeseigene Ausbildung von sicherheitspolitischen Forschern aufzubauen und längerfristig einen genügenden Pool in diesem Bereich zu garantieren.

In dieses Angebot könnten aber auch andere, vorab neutrale Staaten (einschliesslich Ost-Mittleuropa), die selber über keinen oder nur ungenügende Ausbildungszentren in diesem Bereich verfügen, eingeschlossen werden.

Komplementär tritt zur landeseigenen Ausbildung die sicherheitspolitische Ausbildung von Schweizer Forschern im Ausland. Mit Hilfe eines Stipendiatenprogramms (s.u.) kann damit die Zeit, bis eigene Ausbildungsprogramme aufgebaut sind, überbrückt werden, ohne deshalb den Ausbau eigener Forschungsinstitute zu verzögern. Allerdings beinhalten diese Auslandsaufenthalte eine Vielfalt positiver Aspekte, welche generell eine verstärkte staatliche Tätigkeit im Bereich Auslandstipendiaten ratsam machen: Sie vermitteln eine internationale Problemperspektive, betten Schweizer Wissenschaftler in ein internationales Forscher-Netzwerk ein, verbessern Sprachkenntnisse, verhelfen zu lebenslangen Kontakten, die Informationsbeschaffung usw. stark erleichtern und beschleunigen u.a.m. Kurz: Eigene Nachdiplom-Lehrgänge sollten Auslandstudien nie ersetzen, sondern ergänzen!

Forschungsinstitute:

Ein Kernpunkt jedes Versuches, das sicherheitspolitische Expertenwissen in der Schweiz zu verbessern, muss der Ausbau der Forscherstellen sein. Wie oben dargelegt, sind in den USA und in manchen westeuropäischen Ländern gut alimentierte Forschungsinstitute durch ihre Multifunktionalität der Dreh- und

Angelpunkt in der Entstehung und Anwendung des sicherheitspolitischen Wissens. Sie generieren, sammeln und verbreiten Wissen, sie verknüpfen den theoretischen mit dem praktischen Bereich und unterhalten internationale Kontakte.

Derart multifunktionale Forschungszentren sollten auch in der Schweiz geschaffen werden, da sie eine unverzichtbare Ergänzung zu Nationalfonds- und Ressortforschungsprogrammen darstellen. Letztere werden zwar auch in Zukunft staatlichen Stellen in begrenztem Umfang rasch benötigtes und direkt problembezogenes Wissen liefern. Aber sie können keinen permanenten Bestand einer "kritischen Masse" an sicherheitspolitischer Forschung und keine Kontinuität an sicherheitspolitischer Expertise gewährleisten. Und sie können kaum in notwendigem Umfang eine verbesserte Koordination schweizerischer Forschung, die Führung des nationalen Diskurses auf hohem Niveau und seine Integration in die internationale Diskussion bewirken. Diese Möglichkeiten bestehen nur an Forschungsinstituten mit einer Mindestzahl von Forscherstellen, an denen eine fruchtbare Diskussion zwischen internen und externen Experten zustande kommt. Deshalb kann die Schweiz nur durch den Ausbau eigener, aber mit der internationalen Forschung verknüpfter Institute im Bereich Sicherheitspolitik befähigt werden, sowohl allgemeine, international konkurrenzfähige sicherheitspolitische Grundlagenforschung zu betreiben als auch der spezifischen Situation der Schweiz gerecht werdende Analysen zu liefern.

Der Aufbau einer grösseren Anzahl von Forschungsinstituten in der Schweiz präsentiert sich als ideales Leitbild für die Verbesserung der sicherheitspolitischen Forschungslage in unserem Land. Damit könnte eine dem Ausland vergleichbare Forscherdichte in diesem Bereich erreicht werden, was eine "kritische Masse" an kontinuierlicher sicherheitspolitischer Expertise garantieren würde.

Diesem Idealbild steht allerdings die finanzpolitische Realität unseres Landes gegenüber, die private Gelder für sicherheitspolitische Forschung kaum kennt und staatliche Gelder stark limitiert.

Unter diesen Bedingungen ist es nicht sinnvoll, durch den Aufbau vieler kleiner Zentren die Aufsplitterung sicherheitspolitischer Forschung in

der Schweiz lediglich in etwas erweiterter Form fortzusetzen. Zwar besteht die Notwendigkeit für eine verbesserte Koordination zwischen allen Forschungsansätzen des Landes. Andererseits diktiert die aus der Erfahrung abzuleitende sinnvolle Untergrenze einer Forschungseinheit die Konzentration limitierter Mittel. Die Lösung des Dilemmas besteht in einem mehrschichtigen Vorgehen: In einem ersten Ausbauschnitt (7 Jahre) sollten folgende Massnahmen unternommen werden:

1. Eine nationale Dachstruktur, die den Erfordernissen entspricht und bestehende Ansätze sicherheitspolitischer Forschung und Ausbildung sinnvoll verbindet und koordiniert sowie in dieser Hinsicht die grossen Linien festlegt, sollte aufgebaut werden.

2. Der verfügbare Pool an ausgebildetem schweizerischem (und gegebenenfalls ausländischem, vorab in der Schweiz tätigem) sicherheitspolitischen Forschernachwuchs sollte durch ein Stipendiatenprogramm vergrössert werden. Die Verwendung der hierfür bereitgestellten Bundesgelder wäre von der nationalen Dachstruktur zu entscheiden (Wahl der Stipendiaten u.ä.).

3. Den zwei bestehenden sicherheitspolitischen Forschungsinstituten in Genf (Gasteyger) und Zürich (Spillmann) sollte durch eine konzentrierte, direkt vermittelte staatliche Alimentierung von zusätzlichen Stellen und von Infrastruktur (Konzentrationsprogramm) das Erreichen einer "kritischen Masse" ermöglicht werden.⁸

Längerfristig besteht indessen der Aufbau und die Alimentierung weiterer Forschungszentren als Ziel fort. Das könnte dadurch erleichtert werden, dass entsprechend publizierte Erfolge, die sich aus dem skizzierten Ausbauschnitt ergeben, die Attraktivität der sicherheitspolitischen (Auftrags-) Forschung und damit die Wahrscheinlichkeit einer Finanzierung von spezifischen Projekten durch Private stark erhöhen müsste.

Zum Ausbauprogramm im Detail:

8) Zur Kostenschätzung für das gesamte Programm in der Periode 1991-1995, s. Anhang II.

Dachstruktur:

Das vordringlichste Ziel im Hinblick auf die bestehenden Ansatzpunkte sicherheitspolitischer Forschung und Ausbildung ist deren verbesserte Koordination und Kooperation. Zu diesem Zweck wäre an die Bildung einer übergeordneten Körperschaft aus Vertretern von Wissenschaft und Verwaltung zu denken, deren konkrete Form und Zusammensetzung aufgrund des Interessenkreises und der zu übernehmenden Aufgaben zu entscheiden wäre. Wichtig erscheint vor allem eine möglichst grosse sachliche Kompetenz und Praxisnähe des Gremiums und eine nicht minder grosse Flexibilität in seiner Entscheidungsfindung. Das Präsidium wäre mit einer angesehenen und unabhängigen Persönlichkeit des öffentlichen Lebens (z.B. a.Ständerat Franz Muheim) zu besetzen, damit eine völlige Unabhängigkeit gegenüber aussen gewährleistet wäre.

Neben dem Zwecke der Koordinierung von Expertenausbildung und Forschungsprogrammen im Bereich Sicherheitspolitik in der Schweiz wäre es eine zentrale Aufgabe dieses Organs, die Verteilung der vom Bund gestellten Mittel für das im folgenden beschriebene Stipendiatenprogramm (Auswahl der Stipendiaten u.a.m.) vorzunehmen.

Stipendiatenprogramm:

Ein Stipendiatenfonds in der Höhe von rund 400'000 sFr. pro Jahr würde es ermöglichen, jährlich vier bis fünf Nachwuchswissenschaftler zur Ausbildung an erstklassige ausländische Universitäten/Institute zu schicken. Vorzugsweise ab Doktorandenniveau zu vergeben, böten diese Auslandstipendien die Möglichkeit, das sicherheitspolitische Wissen zu schulen und zu erweitern. Für die Schweiz bildeten die so Ausgebildeten eine unerlässliche Erweiterung und Verjüngung des sicherheitspolitischen Expertenpools sowie die Basis für den Ausbau der bestehenden schweizerischen SIPO-Forschungsinstitute. Dort stünden sie für Forschung und Lehre zur Verfügung.

Konzentrationsprogramm:

Die zwei existierenden, auf sicherheitspolitische Forschung konzentrierten Institute in Genf (IUHEI) und Zürich (ETH) bilden essentielle Ansatzpunkte für ein schweizerisches Netz sicherheitspolitischer Forschung. Ihr Ausbau auf ein Potential von je sechs Forschern (ohne Leiter) würde die Schweiz mit jenem Minimum an "kritischer Masse" ausstatten, das Synergieeffekte durch regionale, nationale und internationale Kooperation erwarten lässt. Institute dieser Grössenordnung wären befähigt, Auftragsforschung (Politikberatung, Auftragsstudien usw.) durchzuführen, nach freier Wahl verschiedene Forschungsschwerpunkte zu setzen, interdisziplinäre Ansätze zu realisieren und ein dichtes Netz an internationalen Kontakten zu unterhalten.

Der Ausbau dieser Institute auf je sechs zusätzliche Forscherstellen (ohne Leiter) sollte in der Weise erfolgen, dass in Genf und in Zürich ab 1993 jedes Jahr je eine Stelle neu geschaffen wird, um die sich Absolventen des Stipendiatenprogramms bewerben könnten. Basierend auf diesem Ausbauprogramm würden beiden Instituten (je nach Ausbildungsdauer im Rahmen des Stipendiatenprogramms) ab etwa 1998 oder 1999 je sechs zusätzliche Forscher zur Verfügung stehen.

Um den sofort notwendigen Ausbau der zwei genannten Institute nicht zu verzögern, wird die Etablierung eines Infrastrukturprogramms (vorzugsweise ab 1991, spätestens 1992) empfohlen: Eine laufende Alimentierung mit einer Summe von 1 Mio. sFr. (je 500'000 für Genf und Zürich) pro Jahr würde die zwei Zentren befähigen, den notwendigen Auf- und Ausbau der Infrastruktur an die Hand zu nehmen, bereits vor Eintreffen der ersten Absolventen des Stipendiatenprogramms (frühestens 1993) kurzfristig zusätzliches Personal einzustellen, breiter konzipierte Forschungsvorhaben einzuleiten und die Präsenz national und international zu verstärken.

Zu einem späteren Zeitpunkt, eventuell bereits in einer Reevaluation des Gesamtprogramms 1994/95, sollte die Ausweitung von Infrastruktur-Zuschüssen an weitere sicherheitspolitische

Forschungszellen und damit deren Ausbau zu eigentlichen Instituten erwogen werden.

Zur Verbesserung des Gedankenaustausches zwischen Verwaltung und Forschung und zur Förderung beidseitiger Empathie wäre es nach einem ersten Ausbauschnitt wünschbar, dass zusätzlich Beamte interessierter Departemente zu Ausbildungs- oder Forschungszwecken für einen bestimmten Zeitraum an Forschungsinstitute abgestellt würden. Dort bestünde für sie die Möglichkeit, jene Probleme, mit denen sie sich in der täglichen Praxis konfrontiert sehen, vertieft zu analysieren. Das schliesst nicht aus, dass sie während dieser Zeit auch anderswo eingesetzt werden können. Allerdings muss betont werden, dass ihr Einsatz an Hochschulinstituten gerade eines der grössten Mankos im sicherheitspolitischen Bereich der Schweiz, nämlich den mangelnden Erfahrungsaustausch zwischen Theorie und Praxis, lindern helfen könnte. Für geeignete Kandidaten wären Lehraufträge an Schweizer Hochschulen und weitere sinnvolle Einsätze denkbar.

Im Jahre 1998 oder 1999 wäre der oben skizzierte Ausbauschnitt (je sechs Forscher pro Institut) vollendet. Parallel dazu vollzöge sich der Auf- und Ausbau eines zweijährigen Nachdiplomstudiums im Bereich Sicherheitspolitik in Zürich.

Als Option wäre zudem sowohl in Genf wie in Zürich die Etablierung einer Mindestzahl sogenannter "Fellowships", d.h. zusätzlicher Forscherstellen, für ausländische Bewerber von Vorteil. Dadurch könnten vermehrt wichtige internationale Aspekte von Forschung und Lehre in der Schweiz fruchtbar gemacht und die Etablierung und Aufrechterhaltung der internationalen Kontakte intensiviert werden. Solche Stellen könnten in der Form eines Austauschprogramms mit den ins Ausland gesandten Schweizer Forschern unterhalten werden. Sie sollten aufgrund der erwähnten Funktionalität auch nach Abschluss des skizzierten Ausbauschnittes beibehalten werden.

5. Zusammenfassung

Allein die oben (s. Kapitel 2) gemachte Aufzählung sicherheitspolitisch relevanter Themen zeigt, dass Thematik und Problematik der

Sicherheitspolitik deutlich reicher, schwieriger und wohl teilweise auch kontroverser werden. Sie bedürfen dringend der Erörterung, der Erforschung, der Klärung auf den verschiedensten Ebenen und in den verschiedensten Bereichen. Damit sind sowohl unabhängige Institutionen wie Universitätsinstitute, Lehrstühle wie jüngere Wissenschaftler anvisiert.

Im Bereich der sicherheitspolitischen Forschung ist die Schweiz aber unter der Kategorie "Entwicklungsland" einzuordnen. In einer Epoche, in der durch internationale Vernetzungsprozesse grenzübergreifende Abhängigkeiten wachsen, läuft unser Land damit Gefahr, in diesem Bereich von ausländischem Expertenwissen abhängig zu werden. Zugleich fehlt der Schweiz durch den Mangel an sicherheitspolitischem Fachwissen ein wichtiges Element der internationalen Kooperation und in Zeiten, da sich immer mehr Diskussionsforen öffnen, ein Instrument zur Mitgestaltung der Welt von morgen. Um dieses eigentliche Risiko zu neutralisieren, ist der Ausbau der sicherheitspolitischen Forschung in der Schweiz unverzüglich an die Hand zu nehmen.

Das erarbeitete Programm zum Aufbau einer Dachstruktur zur Koordinierung der sicherheitspolitischen Forschung und Ausbildung und zum konzentrierten Ausbau zweier Forschungszentren wird unserem Land die nötige wissenschaftliche Basis geben, um die oben skizzierten Themen mit einer schweizerischen Perspektive behandeln zu können. Es legt den Grundstein für eine sicherheitspolitische Infrastruktur, welche den dafür benötigten Forschern einen institutionell und finanziell gesicherten Rahmen und jüngeren wissenschaftlichen Kräften eine Perspektive im Bereich Sicherheitspolitik bietet. Zugleich schafft es zwei Hauptkristallisationspunkte (Genf und Zürich), die es ermöglichen werden, ein immer dichteres Beziehungsnetz mit kleineren sicherheitspolitischen Forschungszellen zu knüpfen und so die "kritische Masse" an sicherheitspolitischer Forschung in der Schweiz langfristig zu sichern.

ANHANG I: DICHTER DER SICHERHEITSPOLITISCHEN FORSCHUNG IN
DER SCHWEIZ IM VERGLEICH ZUM AUSLAND

Land	Anzahl Zentren	Anzahl Forscher an diesen Zentren	Anzahl Forscher pro 1 Mio Einw.
Schweiz	2+	15 (-)	2,3 (-)
Finnland	4	26	5,3
Oester- reich	3	19	2,5
Schweden	6	59	7,1
Bundes- republik	10+	ca. 300	4,9
Frank- reich	10+	ca. 150	2,7
Grossbri- tannien	20+	ca. 200	3,5
USA	30-50	ca. 2'000	8,5
UdSSR	7+	ca. 2'000	7,3

(Anmerkung: Staatliche Forschungsstellen - wie etwa das schwedische Defence Research Institute (1'400 Mitarbeiter aller Fachrichtungen) - und kommerzielle Forschungsunternehmen - wie etwa die zahllosen amerikanischen Consulting-Firmen - sind in diesen Zahlen nicht berücksichtigt. Das erklärt die Differenz zu den Zahlenangaben im Text.)

ANHANG II: KOSTENSCHAETZUNGEN1. Grundlagen:

Die untenstehenden Kostenschätzungen basieren auf folgenden Ansätzen (Zahlenbasis 1990):

- Infrastrukturprogramm: (je 1/2 für GE, bzw. ZH)	1'000'000 sFr./Jahr
- Stipendiatenprogramm:	400'000 sFr./Jahr
- Forscherstelle:	124'000 bis 154'000 sFr./Jahr
zusammengesetzt aus:	
Lohn (inkl. Sozialabg.):	100'000 bis 130'000 sFr./Jahr
Reisespesen:	12'000 sFr./Jahr
Material:	12'000 sFr./Jahr

Als Grundlage für die Berechnung werden ferner angenommen:

- Eine Inflation von 5% per annum.
- Das Endziel von sechs Forschern (ohne Leiter) pro Institut.
- Erste verfügbare Forscher aus Stipendiatenprogramm im Jahre 1993.
- Kosten in der Berechnung für beide Institute zusammen.
- Für Lohnkosten (inkl. Sozialabgaben) wird eine gewisse Bandbreite unterstellt, was in einer Minimum- und einer Maximumkostenschätzung resultiert.
- Zwei mögliche Szenarien:

Szenario I: Beginn Infrastrukturprogramm ab 1991, Beginn Stipendiatenprogramm 1992.

Szenario II: Gleichzeitiger Beginn von Infrastruktur- und Stipendiatenprogramm 1992.

- 36 -

1. Kosten für Szenario I:Kosten für 1991:

- Infrastrukturbeitrag:	=	1'050'000	1'050'000 sFr.
- Stipendiatenprogramm:	=	-----	----- sFr.
- Forscherstellen (0):	=	-----	----- sFr.
<hr/>			
KOSTENTOTAL 1991	=		1'050'000 sFr.
<hr/>			

Kosten für 1992:

- Infrastrukturbeitrag:	=	1'102'500	1'102'500 sFr.
- Stipendiatenprogramm:	=	441'000	441'000 sFr.
- Forscherstellen (0):	=	-----	----- sFr.
<hr/>			
KOSTENTOTAL 1992	=		1'543'500 sFr.
<hr/>			

Kosten für 1993:

- Infrastrukturbeitrag:	=	1'157'625	1'157'625 sFr.
- Stipendiatenprogramm:	=	463'050	463'050 sFr.
- Forscherstellen (2):	=	287'092 bis	356'548 sFr.
<hr/>			
KOSTENTOTAL 1993	=	1'907'767 bis	1'977'223 sFr.
<hr/>			

- 37 -

Kosten für 1994:

- Infrastrukturbeitrag:	=	1'215'506		1'215'506	sFr.
- Stipendiatenprogramm:	=	486'203		486'203	sFr.
- Forscherstellen (4):	=	602'892	bis	748'752	sFr.
<hr/>					
KOSTENTOTAL 1994	=	2'304'601	bis	2'450'461	sFr.
<hr/>					

Kosten für 1995:

- Infrastrukturbeitrag:	=	1'276'281		1'276'281	sFr.
- Stipendiatenprogramm:	=	510'513		510'513	sFr.
- Forscherstellen (6):	=	949'554	bis	1'179'282	sFr.
<hr/>					
KOSTENTOTAL 1995	=	2'736'348	bis	2'966'076	sFr.
<hr/>					

GESAMTKOSTEN 1991-1995: = 9'542'216 bis 9'987'260 sFr.

- 38 -

Kosten für Szenario II:Kosten für 1991:

- Infrastrukturbeitrag:	=	-----	-----	sFr.
- Stipendiatenprogramm:	=	-----	-----	sFr.
- Forscherstellen (0):	=	-----	-----	sFr.
<hr/>				
KOSTENTOTAL 1991	=	-----	-----	sFr.
=====				

Kosten für 1992:

- Infrastrukturbeitrag:	=	1'102'500	1'102'500	sFr.
- Stipendiatenprogramm:	=	441'000	441'000	sFr.
- Forscherstellen (0):	=	-----	-----	sFr.
<hr/>				
KOSTENTOTAL 1992	=		1'543'500	sFr.
=====				

Kosten für 1993:

- Infrastrukturbeitrag:	=	1'157'625	1'157'625	sFr.
- Stipendiatenprogramm:	=	463'050	463'050	sFr.
- Forscherstellen (2):	=	287'092 bis	356'548	sFr.
<hr/>				
KOSTENTOTAL 1993	=	1'907'767 bis	1'977'223	sFr.
=====				

Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse
Center for Security Studies and Conflict Research

Prof. Dr. Kurt R. Spillmann

1105

Scheuchzerstr. 20

Durchwahl-Nr.: 01/256 4025

Telefonzentrale: 01/256 2211

Telefax: 01/363 9196

Postadresse:

ETH Zentrum
CH-8092 Zürich

Herrn
Dr. Theodor H. Winkler
Beauftragter für sicher-
heitspolitische Sonderfragen
Stab GGST/EMD
3003 Bern

Zürich, 21. Dezember 1990 KS/wd

Sehr geehrter Herr Doktor Winkler

In Erfüllung des Auftrages des Generalstabschefs vom 9.5.1990 haben Herr Prof. Gasteyger und ich die beiliegende Studie nun definitiv ausgearbeitet.

Ich habe sie dem GSC direkt zugestellt. Wir möchten aber auch Ihnen als dem Beauftragten des GSC mit gleicher Post ebenfalls eine Kopie direkt zustellen.

Mit besten Festtagswünschen
und mit freundlichen Grüßen
auch im Namen von Herrn Prof.
Gasteyger



Prof. Dr. Kurt R. Spillmann

Beilage